

Kasernenplanung neu justiert

STADTRAT Rot-Grün-Mitte und GLP rügten gestern Gemeinderat Alexandre Schmidt für die bisherige Planung zur alten Feuerwehrekaserne. Nun soll ein gemeinnütziger Bauträger bevorzugt werden.

Es war gestern Abend nicht die grosse Chropfläarete, die man noch vor kurzem hätte erwarten müssen. Mit den zwei jüngsten Antworten auf Vorstösse zur leeren Feuerwehrekaserne an der Viktoriastrasse hatte Gemeinderat Alexandre Schmidt (FDP) die Debatte gerade noch entscheidend entschärft.

Während er in dieser Zeitung noch Ende November gesagt hatte, der Zug sei abgefahren, musste er zuletzt zurückkrebsen: Einen Vorschlag, wie der Wettbewerb zur künftigen Nutzung der Kaserne noch im laufenden Quartal zu lancieren sei, wies die Betriebskommission des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik letzten Monat zur Überarbeitung zurück. Und diese Woche räumte der Gemeinderat entgegen seinen ursprünglichen Plänen ein, dass die künftige Nutzung auch etappiert eingeführt werden und der Innenhof unbebaut bleiben kann.

Gestörtes Vertrauen

Dieser neue Fahrplan ermögliche, bei der Planung die Anliegen des Quartiers und aus der Politik zu berücksichtigen, sagte Johannes Wartenweiler (SP). Dennoch kam Finanzdirektor Schmidt nicht ungeschoren davon. Mit-



Die alte Feuerwehrekaserne soll von einem gemeinnützigen Bauträger autoarm bebaut werden.

Beat Mathys

tels Bubentrickli habe dieser versucht, das Areal gegen den Volkswillen an den Meistbietenden zu verhöckern, monierte Patrik Wyss (GFL/EVP). Das Vertrauen in Schmidt und die Planungsbehörden sei gestört, beklagte auch Sandra Ryser (GLP).

Stéphanie Penher schloss auch die übrigen Gemeinderatsmitglieder, die Schmidts Antworten durchwinkten, in ihre Kritik ein. Die Argumentation, dass attraktive Wohnungsangebote nicht autoarm sein könnten, sei «von

hinten dem Mond und einer rot-grünen Mehrheit unwürdig».

Auch die Betriebskommission des Fonds sei politisch zusammengesetzt und rot-grün dominiert, merkte Bernhard Eicher (FDP) an. Die Kritik an Schmidt und seiner Direktion ziele deshalb daneben.

SVP gegen Asylunterkunft

Schmidt selber sagte, sein Vorgehen sei immer vom Gemeinderat oder der Betriebskommission abgestützt gewesen. «Immer neue

Auflagen machen die Schnittmenge immer kleiner, und es wird immer schwieriger, den Prozess zu steuern», sagte Schmidt.

Nach einer fast dreistündigen Debatte justierte der Stadtrat die Planung der Kaserne neu und überwies verschiedene Forderungen von GB/JA und GLP. So soll ein gemeinnütziger Bauträger, der sowohl die gewerbliche Nutzung wie die Wohnnutzung erstellt und betreibt, im Wettbewerb bevorzugt werden. Zudem soll autoarm gebaut werden.

Für den Wettbewerb müssen keine Erkenntnisse aus der Zwischennutzung abgewartet werden, wie dies die SP verlangt hatte.

Keine Chance hatte die SVP mit ihren Vorstössen gegen die teilweise Zwischennutzung als Asylunterkunft. Es gehöre zur Pflicht eines liberalen Staats, Menschen in Not – von denen es derzeit besonders viele gebe – zu helfen, sagte mit dem FDP-Sprecher der Vertreter jener Partei, die der SVP noch am nächsten steht. *Christoph Hämman*

Moment mal

Nicht zuständig

Kritische Fragen beantwortet niemand gerne. «Ich bin die falsche Person», sagte Gemeinderätin Franziska Teuscher in der Stadtratssitzung vom 6. November, kritisch befragt zur Höhe des Kredites für den Neubau der Volksschule Bethlehemacker. «Das liegt in der Zuständigkeit des Stadtpräsidenten», zog sich die Bildungsdirektorin aus der Affäre. Der Stadtpräsident war aber an diesem Abend nicht zugegen. Fragen zum Millionenprojekt blieben offen.

«Ist der Stadtpräsident bereit, künftig Vorlagen des Hochbauamtes vor dem Stadtrat persönlich zu vertreten?», fragte also der grüne Stadtrat Luzius Theiler nach. Und man spürt die leise Kritik, die sich hinter Theilers Vorstoss verbirgt: Taucht eine heikle Frage auf, taucht der Stadtpräsident unter.

Stimmt ja gar nicht. Für einmal ist der Stapi unschuldig, wie das Ratsbüro herausgefunden hat. Zuständig für die Beantwortung oben genannter Frage ist gemäss «Immobilienhandbuch Verwaltungsvermögen» die bestellende Direktion. Bei einem Schulhaus also die Bildungsdirektion mit ihrer Chefin, Franziska Teuscher. *Mirjam Messerli*

In Kürze

QUARTIERVEREINE

Mehr Geld

Die Stadt will die Subventionen an anerkannte Quartierorganisationen von 300 000 auf 330 000 Franken leicht erhöhen. Zudem soll künftig das Parlament über Beiträge bis höchstens 400 000 Franken selber bestimmen können. Dazu muss aber das Reglement über die politischen Rechte revidiert werden. Darüber wird der Stadtrat befinden – und am 14. Juni voraussichtlich das Volk. *pd*

VIERERFELD-VERTRÄGE

Keine Einsicht

In die Verträge zwischen dem Kanton und der Stadt über die zukünftige Nutzung des Viererfelds gibt es in der Phase der Entscheidungsfindung keine Akten-einsicht. Der Regierungsstatthalter hat eine entsprechende Beschwerde abgelehnt. Gemeinderäte und die Kommissionsmitglieder müssten das komplexe Geschäft ohne Beeinflussung von aussen zur Kenntnis nehmen können, so die Begründung. *pd*

Neue Regel für Stapi-Wahl

MOTION Bei der Wahl der Stadtpräsidentin oder des Stadtpräsidenten will die Stadt Bern die Spielregeln ändern. Die Neuerung: Bei einem allfälligen zweiten Wahlgang sollen künftig alle gewählten Gemeinderatsmitglieder antreten können. Nach dem heutigen System kann das nur, wer bereits im ersten Wahlgang fürs Präsidium kandidiert hat. So besteht die Möglichkeit, dass nur

noch ein Kandidat oder eine Kandidatin antreten kann – eine stille Wahl wäre die Folge. Als «kaum sachgerecht» taxiert der Gemeinderat einen solchen Ausgang, denn der Stadtpräsident sollte von einer möglichst breiten Wählerschaft getragen werden. Über die Teilrevision befindet sich zunächst der Stadtrat, danach stimmt das Volk darüber ab – voraussichtlich am 14. Juni. *pd/egs*

«Waldstadt» vors Volk

INITIATIVE Eigentlich ist das Projekt «Waldstadt Bremer» vom Tisch. Der Gemeinderat erachtete das Vorhaben vor Jahresfrist als wohl nicht bewilligungsfähig. Mit der Initiative «Waldstadt – Nein danke» will die SVP die Waldgebiete nun als unantastbar erklären, solange die Stadt über Baulandreserven auf ihrem Ge-

meindegebiet verfügt. Die Regierung lehnt das Begehren ab. Auch, weil die Stadt im Bereich der Waldgesetzgebung gar nicht zuständig sei, wie diese gestern mitteilte. Die Abstimmungsvorlage wurde zuhänden des Stadtrats verabschiedet. Das Volk stimmt voraussichtlich am 14. Juni darüber ab. *pd/egs*

Gleiche Debatte zum Dritten

AUSLÄNDERMOTION Im März stimmen die Berner darüber ab, ob Ausländer auf städtischer Ebene mehr politische Rechte erhalten sollen. Die SVP wehrte sich vergebens gegen die aus ihrer Sicht «intransparente» Botschaft.

Ausländerinnen und Ausländer sollen künftig in der Stadt Bern mehr politische Rechte erhalten. 200 Personen sind nötig, damit eine solche Ausländermotion eingereicht werden kann. Diesen Grundsatzentscheid hatte das Parlament bereits letztes Jahr nach zwei emotionalen Debatten gefasst und verabschiedete der Stadtrat nun noch die Abstimmungsbotschaft, denn voraussichtlich im Juni werden die Bernerinnen und Berner darüber befinden, ob sie ihren ausländischen Mitbürgern das neue Recht einräumen wollen.

Die SVP wehrt sich seit der ersten Lesung gegen das neue Partizipationsreglement. Stadtrat Erich Hess bezeichnete es gestern als «Diskriminierungsreglement gegen Schweizer». Diese hätten nämlich nicht die Möglichkeit, mit 200 Unterschriften im Stadtrat eine Motion einzu-reichen.

28 Anträge der SVP

«Die Sache ist gegessen», brachte es Claudio Fischer von der Fraktion BDP/CVP auf den Punkt. Der Stadtrat habe zweimal ausführlich über das Partizipationsreglement debattiert. Es sei «nicht perfekt», aber nun solle man doch das Stimmvolk darüber befinden lassen. «Details in der Abstimmungsbotschaft spielen für die Meinungsbildung keine Rolle.» Genau auf solchen Details ritt die SVP aber gestern herum: Mit 28 Abänderungsanträgen wollte sie die «ideologische» Botschaft

«transparent und sachlich» machen, wie Fraktionschef Roland Jakob es ausdrückte. Die SVP-Anträge wurden abgelehnt. Eine Präzisierung wurde von der beratenden Kommission aber aufgenommen und vom Stadtrat befürwortet: In der Botschaft wird festgehalten, dass nicht alle Ausländer das neue Recht erhalten. Sie müssen mindestens drei Monate in Bern wohnen, volljährig sein und den Ausweis B, C oder F besitzen. Die Botschaft wurde schliesslich mit 56 zu 10 Stimmen (1 Enthaltung) verabschiedet. Die SVP behalte sich weitere rechtliche Schritte nach der Volksabstimmung vor, kündigte Erich Hess an. Seine Partei hatte beim Regierungsstatthalter Beschwerde gegen das neue Reglement eingereicht, blitzte aber ab.

In Burgdorf gibt es die Ausländermotion seit 2008. Sie kam noch nie zur Anwendung. *mm*

Chinas zweifelhafter Exportschlager

Die zehnjährige Pianistin Serena Wang gastierte als Wunderkind im Berner Kultur-Casino. Es war kein Vergnügen.

Zu den noblen Aufgaben des Migros-Kulturprozents gehört es, Kultur zu fördern. Normalerweise. Was sich an diesem Abend in der Konzertreihe der Migros abspielt, geht aber in eine andere Richtung: die Beförderung einer Unkultur.



Von der Migros gefördert: Jüngstpianistin Serena Wang. *zvg*

kleid, mit einer glitzernden Schleife im Haar, wird die zehnjährige Serena Wang präsentiert – als «eines der grössten pianistischen Talente Asiens». Die Promotion auf Youtube ist längst angelaufen, und ihre Website zelebriert den Mythos ihrer Entdeckung: «Prepare to be amazed!»

Wie das Mädchen wohl mit diesem Druck umgeht? Die lange Orchesterexposition von Beethovens 1. Klavierkonzert gibt Gelegenheit zum Grübeln. Man denkt an wüste Wunderkind-Geschichten. Dann greift Serena Wang in die Tasten. Ist es Beethoven?

Schon wieder kommt man ins Sinnieren. Wie ein Rasenmäher, technisch bewundernswert, fährt die Jüngstpianistin über die Partitur. Zwischendurch staunt man: Oh, dieser Lauf! Und schon im nächsten Moment folgt neuerliches Grübeln: Nein aber auch, das arme Mädchen. Man möchte ihm auf die Schultern klopfen: Guck, da hats auch noch ein Orchester.

Dirigent Long Yu nimmt das Mädchen väterlich bei der Hand. Viermal soll es winken, in jede Richtung. Viermal wird es zurück in den Saal geklatscht. Dann hat das Leiden ein Ende. *Oliver Meier*

Dass in Berns Mitte ein ziemlich mittelmässiges Orchester aus dem Reich der Mitte gastiert, ist an sich verschmerzbar. Man fragt sich höchstens, wie denn wohl andere aufspielen, wenn das Guangzhou Symphony Orchestra laut der Migros zu Chinas «führenden klassischen Orchestern gehören» soll.

Arg zu denken gibt vorab die Wahl der Solistin. «Für Entdeckungsfreudige», hat die Migros das Konzert beworben. Eingepackt in ein ballettöses Rosa-

ANZEIGE

Sparkonto Plus

1% *
Jetzt online beantragen
sparkonto-plus.ch

im ersten Jahr

Profitieren Sie jetzt und lassen Sie sich beraten. Bank Coop, Amthausgasse 20, Bern

fair banking
bank coop

* Basiszins und Bonus auf Neuereinzahlungen bei Neueröffnungen. Weitere Informationen und Bedingungen auf www.bankcoop.ch. Konditionenänderungen vorbehalten.